



## **Wahlprüfsteine der Friedensfördernden Energie-Genossenschaft Herford eG zur Bundestagswahl 2021**

Liebe Mitglieder,

der am 26. September 2021 neu zu wählende Bundestag wird von vielen Expert\*innen als der letzte Bundestag angesehen, der noch wegweisende Entscheidungen zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels im Rahmen der Begrenzung des Klimawandels treffen kann.

Wie viele andere Organisationen auch haben wir als FEGH daher einen Katalog mit Wahlprüfsteinen entwickelt, den wir den Direktkandidat\*innen zur Bundestagswahl im Wahlkreis Herford – Minden – Lübbecke II mit der Bitte um Beantwortung übergeben haben.

Gefragt haben wir insbesondere nach Positionen in den Politikfeldern Energie, Umwelt und Klima sowie Frieden.

Wir hoffen, dass euch die Antworten der Kandidat\*innen bei eurer Wahlentscheidung helfen und wünschen euch eine interessante Lektüre.

Mit sonnigen Grüßen  
euer Vorstand und Aufsichtsrat



**Stefan Schwartze, SPD**

Frage 1:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch Hürden im Planungs- und Genehmigungsprozess stark ausgebremst. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Ich stimme hier mit Olaf Scholz überein, der klar gemacht hat, dass mehr Tempo notwendig ist. Das Baurecht, die Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren müssen wir beschleunigen. Die Genehmigung einer Windkraftanlage darf nicht sechs Jahre dauern, sondern muss in sechs Monaten gelingen. Das Gleiche gilt für die Stromleitungen in den Süden.

Frage 2:

Bisher unterliegt die eigene Nutzung selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Wir haben schon jetzt den Eigenverbrauch von EE-Strom attraktiver gemacht, indem wir ihn von der EEG-Umlage befreit und damit günstiger gemacht haben.

Frage 3:

Der Mieterstromzuschlag ist durch die Degression im Erneuerbare-Energie-Gesetz de facto ausgelaufen. Dies macht Mieterstrom wirtschaftlich kaum noch umsetzbar. Welche Konzepte würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r zur Förderung von Mieterstromprojekten einbringen?

Antwort:

Für Solaranlagen, die aus der Förderung fallen, wird die Nutzung von selbst produziertem Solarstrom erleichtert. So lohnt es sich, auch sie weiter am Netz zu halten. Zudem soll der Bau von Windrädern und großen PV-Freiflächen für Kommunen attraktiver werden, indem Betreiber den Kommunen künftig 0,2 Cent pro Kilowattstunde abgeben können. Wir haben das Mieterstrommodell so verbessert, dass es attraktiver ist, Mehrfamilienhäuser mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Und wir haben dafür gesorgt, dass es sich lohnt, sich selbst mit erneuerbarem Strom zu versorgen, und haben den Eigenverbrauch von der EEG-Umlage befreit.

Frage 4:

Die Windenergie bietet noch größere Potentiale als die Solarenergie, dennoch kommt ihr Ausbau nicht voran. Dies liegt auch daran, dass für Windkraftanlagen teils strengere Abstandsregelungen gelten als beispielsweise für Kohlekraftwerke oder Chemiefabriken. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, diese Hürden abzubauen?

Antwort:

Eine bundesweite 1.000-Meter-Abstandsregelung bei Windkraft, die den dringend notwendigen Ausbau blockieren würde, haben wir gegen den erbitterten Widerstand der Unionsfraktion verhindert. Stattdessen stellen wir sicher, dass Kommunen im unmittelbaren Umfeld von Windkraftanlagen finanziell beteiligt werden. Das sorgt für die nötige Akzeptanz vor Ort. Wir wollen damit die Bürgerinnen und Bürger noch stärker am Mit-Mach-Projekt Energiewende beteiligen.

Frage 5:

Viele Wissenschaftler\*innen kommen zu dem Ergebnis, dass der Kohleausstieg bis spätestens 2030 erfolgen muss, damit Deutschland die Klimaziele von Paris einhält. Werden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dafür stimmen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollziehen?

Antwort:

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist Ende nächsten Jahres bereits vollzogen. Auch der Kohleausstieg ist beschlossene Sache. Dabei gilt, je schneller der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erfolgt und je schneller die nötigen Stromleitungen und Verteilnetze gebaut werden, desto eher kann auf fossile Energieträger verzichtet werden. Wir haben in dieser Wahlperiode den Ausstieg aufs Gleis gesetzt und ihn mit umfassenden Strukturhilfen verbunden, die wir zügig umsetzen wollen. Das sind historische Entscheidungen. Unser Arbeitsmarkt hat eine starke industrielle Basis, die aus dem Umbau noch stärker hervorgehen kann – wenn wir gezielt in Infrastruktur und Innovationen investieren. So wird unsere Zukunftsmission „klimaneutrales Deutschland“ zum Jobmotor. Auch werden wir – nicht nur im Rahmen unserer Klimapolitik – die Grundlagen dafür schaffen, dass alle bei der Bewältigung des Klimawandels mit anpacken können, alle von den Chancen profitieren und nicht diejenigen das Nachsehen haben, die den geringsten Einfluss auf ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz haben.

Frage 6:

Bisher werden fossile Energieträger (auch Gas) sowohl im Verkehr als auch in der Infrastruktur staatlich subventioniert, etwa auch durch die Steuerfreiheit von Kerosin. Welche Pläne würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r hinsichtlich staatlicher Subventionierung fossiler Energieträger verfolgen?

Antwort:

Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen.

Frage 7:

Zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit gehören das Militär und die Rüstungsproduktion. Welche Maßnahmen zur Abrüstung wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r unterstützen?

Antwort:

Als SPD setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisen-prävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusammenarbeit. Wir werden multilaterales Handeln wiederbeleben und stärken, auch in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen, denn Pandemien, globale Wirtschaft-, Finanz- und Entwicklungskrisen sowie die Folgen der Erderwärmung sind Herausforderung, die nur gemeinsam gelöst werden können.

Frage 8:

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten einen Militäretat von jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Falle Deutschlands wären das bald ca.80 Milliarden Euro. Das wäre das dritthöchste Militärbudget der Welt. Wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dieses Ziel verfolgen?

Antwort:

Das von der Nato geforderte zwei Prozent Ziel lehne ich ab. Die Bundeswehr verdient die bestmögliche Ausstattung. Wir orientieren uns dabei jedoch an den erforderlichen militärischen Fähigkeiten, damit unsere Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben auch in Zukunft zusammen – in fairer Lastenteilung – mit unseren Partnern in Europa und der NATO erfüllen können.

Frage 9:

Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft?

Antwort:

Als Bundestagsabgeordneter habe ich die ICAN-Erklärung zur Unterzeichnung und Ratifikation des Verbotsvertrags zu Atomwaffen unterschrieben und damit die Annahme des Vertrags für ein Verbot von Atomwaffen am 7. Juli 2017 in den Vereinten Nationen ausdrücklich als einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt befürwortet.

Eine Welt ohne Atomwaffen ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik!

Frage 10:

Welche Positionen vertreten Sie hinsichtlich der Frage der Atommüllendlagerung?

Antwort:

Der Atomausstieg ist beschlossene Sache. Spätestens Ende 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden. Mit der Einsetzung der Endlagersuch-Kommission haben wir die Grundlagen für eine standortoffene Suche innerhalb Deutschlands nach einem geeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle gelegt. Ich setze mich dafür ein, von Anfang an die größtmögliche Transparenz walten zu lassen. Es ist für Deutschland eine der größten Herausforderungen in einem fairen, lernbereiten und kompromissfähigen Verfahren, ein atomares Endlager zu finden. Atomenergie war und wird nie nachhaltig, günstig und sicher sein.

Frage 11:

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil diese nicht mehr bewohnbar sein wird. Halten Sie die Flucht vor den Folgen des Klimawandels für einen „legitimen“ Fluchtgrund und würden Sie sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme finden?

Antwort:

Menschen, die durch Konflikte, Epidemien oder Naturkatastrophen in Not geraten sind, bedürfen unserer Hilfe. Als reiches Industrieland werden wir unser Engagement für humanitäre Hilfe weiterhin an den steigenden humanitären Bedarfen orientieren und daran arbeiten, die Basis der internationalen Geber zu stärken und auszuweiten. Darüber hinaus gilt für die SPD weiterhin: Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Zusammen mit Partnerländern werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass der Globale Pakt für Migration umfassend umgesetzt wird.

Frage 12:

Bisher orientiert sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums. Dies wird von vielen Wissenschaftler\*innen kritisch gesehen. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r für alternative Ansätze wie etwa die Gemeinwohlökonomie einsetzen?

Antwort:

Wir als SPD wollen Unternehmen unterstützen, für die der Sinn ihrer wirtschaftlichen Aktivität und der langfristige Bestand ihres Unternehmens wichtiger sind als der kurzfristige Gewinn. Dazu werden wir eine nationale Strategie für die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen entwickeln. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum Beispiel für Genossenschaften, Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen und Unternehmen in Verantwortungseigentum, werden wir verbessern. Für die Förderung einer sozialökologischen und digitalen Transformation unserer Wirtschaft gibt es bereits dezentrale Strukturen – wir wollen sie zu Transformationszentren als Werkstätten des Wandels bündeln und weiterentwickeln, die sich sowohl an etablierte Unternehmen als auch an Sozialunternehmen und nicht-exit-orientierte Start-ups sowie an Beschäftigte, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft richten.



**Joachim Ebmeyer, CDU**

Frage 1:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch Hürden im Planungs- und Genehmigungsprozess stark ausgebremst. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgedordnete\*r ändern?

Antwort:

Wir brauchen mehr Tempo durch weniger Bürokratie und stärkere Digitalisierung. Nur so schaffen wir die Beschleunigung des Ausbaus. Ich würde mich dafür einsetzen, die Zuständigkeiten zu bündeln: Pro Anlage eine digitale Akte! Wir sollten maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen festsetzen. Bei Windanlagen an Land (onshore) darf die Verfahrensdauer nach Feststellung der Vollständigkeit eines Antrags am besten drei Monate, längstens jedoch ein halbes Jahr andauern. Wir von der CDU werden auf EU-Ebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren eintreten und uns im Rahmen der Aarhus-Konvention dafür einsetzen, schnelle Planungsverfahren zu ermöglichen. Den Verwaltungsrechtsweg von Planungsverfahren wollen wir verkürzen und das Verbandsklagerecht straffen, regional begrenzen sowie zeitlich bündeln. Zugleich möchte ich daran mitwirken, die CDU-Initiative zur Entschlackung des EU-Planungs- und Umweltrechts weiter voranzutreiben.

Frage 2:

Bisher unterliegt die eigene Nutzung selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Für mich sollte grundsätzlich gelten: Eigenverbrauch vor Einspeisung. Die Nutzung von selbst produziertem Strom sollte nicht mit Abgaben oder Gebühren belegt sein. Ich kann mir eine Umlagebefreiung und das Entfallen einer Gewerbeanmeldung bis 30 Kilowatt Leistung vorstellen.

Frage 3:

Der Mieterstromzuschlag ist durch die Degression im Erneuerbare-Energie-Gesetz de facto ausgelaufen. Dies macht Mieterstrom wirtschaftlich kaum noch umsetzbar. Welche Konzepte würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r zur Förderung von Mieterstromprojekten einbringen?

Antwort:

Der Umbau unserer Stromversorgung muss sich für alle lohnen: Vereine, Schulen, Kommunen, Unternehmen, Genossenschaften und Erzeuger-Gemeinschaften, Mieter und Vermieter. Diese sollen beim Umbau ihrer Energiesysteme zusammenwirken. Wenn Vermieter energetisch sanieren und erneuerbaren Strom produzieren, nehmen Mieter fossilfreie Wärme und Strom ab. Das will die Union, das will auch ich, im Rahmen des Mieterstroms rechtssicher festhalten. Über Wärmepumpen und Kraftwärmekoppelung profitieren alle. So funktioniert Teilhabe. Mit der erweiterten Gewerbesteuerkürzung hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bereits große Hemmnisse für den Ausbau von PV-Anlagen und Ladesäulen bei Mehrfamilienhäusern abgeräumt. Damit werden der Ausbau der Erneuerbaren Energien und gleichzeitig die Nutzung von Mieterstrommodellen gestärkt.

Frage 4:

Die Windenergie bietet noch größere Potentiale als die Solarenergie, dennoch kommt ihr Ausbau nicht voran. Dies liegt auch daran, dass für Windkraftanlagen teils strengere Abstandregelungen gelten als beispielsweise für Kohlekraftwerke oder Chemiefabriken. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, diese Hürden abzubauen?

Antwort:

Für den Ausbau von Wind-An-Land-Anlagen braucht es gute Rahmenbedingungen und Akzeptanz. es erleichtern, bestehende Windparks zu verdichten. Wir wollen die Kommunen stärken, indem sie an den Erträgen aller Erneuerbarer Energie-Anlagen beteiligt werden. Entscheidend für den Industriestandort Deutschlands ist, dass günstiger Windstrom aus dem Norden in die großen Industriezentren in der Mitte und im Süden Deutschlands gelangt. Ein beschleunigter Erneuerbaren-Ausbau erfordert deshalb auch, dass der Netzausbau auf der Hochspannungsebene nochmals verstärkt und beschleunigt wird. Dies braucht aber auch den Netzausbau vor Ort in den Städten und Kommunen. PV- und Windenergieanlagen gehen hier ans Netz. Wir von der Union wollen deshalb einen Rechtsrahmen schaffen, der einen vorausschauenden Netzausbau im Verteilernetz ermöglicht. Wir wollen Trassen wo immer möglich bündeln und anwohnerverträglich realisieren. Wenn Glasfaserkabel verlegt werden, soll zukünftig immer geprüft werden, ob hier ein Netzanschluss dazugelegt werden kann – und umgekehrt. Bei den Übertragungsnetzen unterstützen wir die Netzbetreiber, dass hier mehr investiert wird. Unser Ziel ist es, unsere Stromnetze kurzfristig auch auf der Verteilnetzebene zu digitalisieren, damit die Ein- und Rückspeisung smart geregelt werden kann.

Frage 5:

Viele Wissenschaftler\*innen kommen zu dem Ergebnis, dass der Kohleausstieg bis spätestens 2030 erfolgen muss, damit Deutschland die Klimaziele von Paris einhält. Werden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dafür stimmen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollziehen?

Antwort:

Wenn die Energie-Versorgung in Deutschland bis dahin sichergestellt sein sollte, könnte man natürlich früher aus der Kohleenergie aussteigen. Ich sehe allerdings nicht, wie sich das Stand jetzt realisieren ließe. Von daher bleiben für mich der Kohlekompromiss und der damit verbundene Ausstieg bis 2038 maßgeblich. Die Formulierung „bis 2038“ beinhaltet für mich aber auch, dass ein Ausstieg auch früher möglich sein kann.

Frage 6:

Bisher werden fossile Energieträger (auch Gas) sowohl im Verkehr als auch in der Infrastruktur staatlich subventioniert, etwa auch durch die Steuerfreiheit von Kerosin. Welche Pläne würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r hinsichtlich staatlicher Subventionierung fossiler Energieträger verfolgen?

Antwort:

Die Bundesregierung hat sich z.B. mit den deutschen Fluggesellschaften über ein Vorgehen zur Dekarbonisierung des Luftverkehrs verständigt. Demnach sollen nach einem Stufenplan schrittweise CO<sub>2</sub>-freie Treibstoffe eingeführt werden. Mit dem Umstieg auf strombasiertes Kerosin können im Luftverkehr Millionen Tonnen an CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Das sind Mittel und Wege, die ich gerne unterstützen möchte. Allerdings sollten gerade deutsche und europäische Airlines weiterhin wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb lehne ich eine hohe Steuer auf Kerosin ab. Die Folge wäre nämlich nicht, dass weniger geflogen würde, sondern dass Airlines aus anderen Teilen der Welt die Flüge durchführen würden.

Frage 7:

Zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit gehören das Militär und die Rüstungsproduktion. Welche Maßnahmen zur Abrüstung wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r unterstützen?

Antwort:

Die CDU steht für eine Politik der gegenseitigen Abrüstung und des Vertrauens. Deshalb hat Deutschland bereits 1969 den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet und hält unvermindert daran fest. Selbstverständlich möchte auch ich eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen – denn für alle Kinder wünschen wir uns eine friedliche, freie und ökologisch gesunde Welt. Aber solange es Länder gibt, die über Nuklearwaffen verfügen, ist es unsere politische Raison, uns auch zur Abschreckung mit nuklearen Mitteln zu bekennen. Daher stehen wir von der Union zur kollektiven Verteidigung und zur nuklearen Teilhabe – unsere NATO-Partner können sich auf uns verlassen. Dies ist aus meiner Sicht die sicherheitspolitische Lebensversicherung Deutschlands.

Frage 8:

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten einen Militäretat von jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Falle Deutschlands wären das bald ca. 80 Milliarden Euro. Das wäre das dritthöchste Militärbudget der Welt. Wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dieses Ziel verfolgen?

Antwort:

Ich bin dafür, dass wir unsere vertraglichen Zusagen gegenüber der NATO einhalten. Dazu gehört auch die oben genannte Zwei-Prozent-Marke. Die Bundeswehr soll 2030 mindestens zehn Prozent der militärischen Fähigkeiten der NATO bereitstellen. Ich bin auch dafür, dass die für die europäische Verteidigungspolitik zentralen Schlüsselprojekte engagiert vorangetrieben werden.

Frage 9:

Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft?



Antwort:

Entscheidend ist, wie wir auf der einen Seite unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen wahren können und auf der anderen Seite zu mehr Abrüstung kommen. Die Sicherheit unseres Landes, das aus guten Gründen auf Atomwaffen verzichtet, hängt vom Nuklearschirm der NATO ab. Kein NATO-Staat ist im Augenblick dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten. Der entscheidende Punkt, warum der Atomwaffenverbotsvertrag im Augenblick nicht die Durchschlagskraft hat, liegt darin, dass keine der Atommächte gedenkt, ihm beizutreten. Was wir brauchen, ist keine einseitige Verpflichtung Deutschlands, sondern ein weiter gehendes Eintreten für multilaterale und bilaterale Rüstungsverpflichtungen.

Frage 10:

Welche Positionen vertreten Sie hinsichtlich der Frage der Atommüllendlagerung?

Antwort:

Das Verfahren zur Auswahl eines geeigneten Standortes für ein Endlager ist parteiübergreifend vereinbart. Es dient dazu, den Standort in Deutschland zu finden, der für die hochradioaktiven Abfälle die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren für ein Endlager gewährleistet. Das Standortauswahlgesetz regelt die einzelnen Verfahrensschritte für eine ergebnisoffene, wissenschaftsbasierte und transparente Auswahl eines Standortes. Das Verfahren startet von einer "weißen Landkarte", das heißt alle Bundesländer werden einbezogen und alle international verfolgten Endlagerkonzepte in Tonstein, Steinsalz und Kristallingestein werden auf ihre Eignung geprüft. Die Öffentlichkeit wird frühzeitig im Verfahren beteiligt; durch umfangreiche Informationen, durch überregionale Beteiligungsformate und durch Regionalkonferenzen, die in den betroffenen Gebieten eingerichtet werden. Ein Nationales Begleitgremium hat die Aufgabe, das Verfahren unabhängig sowie gemeinwohlorientiert zu begleiten. Für die Bewertung der Standorte stehen die geowissenschaftlichen Anforderungen und Kriterien im Vordergrund, die die Endlagerkommission erarbeitet hat. Die Sicherheit des Endlagers hat bei der Standortauswahl oberste Priorität.

Frage 11:

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil diese nicht mehr bewohnbar sein wird. Halten Sie die Flucht vor den Folgen des Klimawandels für einen „legitimen“ Fluchtgrund und würden Sie sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme finden?

Antwort:

Die Flucht vor klimatischen Bedingungen und Veränderungen als Asylgrund anzuerkennen und eine entsprechende Rechtsänderung vorzunehmen, steht nicht auf meiner Agenda. Menschen in Drittstaaten, die allein aufgrund der negativen Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, sind nach derzeitigem Vertragsvölkerrecht keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention.

Frage 12:

Bisher orientiert sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums. Dies wird von vielen Wissenschaftler\*innen kritisch gesehen. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r für alternative Ansätze wie etwa die Gemeinwohlökonomie einsetzen?

Antwort:

Zur DNA der Christlich Demokratischen Union gehört ganz besonders soziale Verantwortung, aber auch die Bewahrung der Schöpfung, also nachhaltiges Leben. Gleichzeitig stehen wir auch für Wohlstand und ein wachstumsorientiertes Wirtschaftssystem. Die soziale Marktwirtschaft vereint diese Elemente. Das werde ich auch weiterhin unterstützen. Allerdings bin ich auch der Meinung, dass alternative Ideen, die das Leben aller Menschen verbessern, durchgeführt werden sollen und wenn sie sich bewähren auch Vorbilder für staatliches Handeln sein können.



**Maik Babenhauserheide, Bündnis 90/Die Grünen**

Frage 1:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch Hürden im Planungs- und Genehmigungsprozess stark ausgebremst. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Die Verfahren müssen einfacher und die Prozesse effektiver werden. Mit einheitlichen Bewertungsmaßstäben und auch mehr Personal können wir den Ausbau beschleunigen.

Frage 2:

Bisher unterliegt die eigene Nutzung selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Die Eigennutzung und die Direktvermarktung des selbst produzierten Stroms müssen attraktiver werden. Dafür gilt es Bürokratie abzubauen. Die Gebühren für selbstgenutzten Strom möchte ich gerne abschaffen.

Frage 3:

Der Mieterstromzuschlag ist durch die Degression im Erneuerbare-Energie-Gesetz de facto ausgelaufen. Dies macht Mieterstrom wirtschaftlich kaum noch umsetzbar. Welche Konzepte würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r zur Förderung von Mieterstromprojekten einbringen?

Antwort:

Solardächer sollen in Deutschland Standard werden. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den nächsten vier Jahren. Dafür wollen wir auch Mieter\*innen an der Energiewende teilhaben lassen. Deshalb wollen wir Mieterstromprojekte fördern. Dabei wollen wir die Mieterstrom-Regeln deutlich vereinfachen und Bürokratie abbauen.

Frage 4:

Die Windenergie bietet noch größere Potentiale als die Solarenergie, dennoch kommt ihr Ausbau nicht voran. Dies liegt auch daran, dass für Windkraftanlagen teils strengere Abstandregelungen gelten als beispielsweise für Kohlekraftwerke oder Chemiefabriken. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, diese Hürden abzubauen?

Antwort:

Auch in NRW wurden unter Armin Laschet strengere Abstandsregelungen eingeführt, um Windenergie abzuwürgen. Erfahrungsgemäß führt das nicht zu mehr Akzeptanz. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir das Ziel setzen, 2% der bundesweiten Fläche für Windenergie zu nutzen. Dafür müssen unnötige Hürden und übertriebene Abstandsregeln abgeschafft werden. Um die Akzeptanz zu steigern, benötigen wir zudem eine frühzeitige Bürger\*innenbeteiligung und Artenschutzprogramme, in denen neutral Standorte auf Eignung geprüft werden.

Frage 5:

Viele Wissenschaftler\*innen kommen zu dem Ergebnis, dass der Kohleausstieg bis spätestens 2030 erfolgen muss, damit Deutschland die Klimaziele von Paris einhält. Werden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dafür stimmen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollziehen?

Antwort:

Ja, ich werde dafür stimmen, dass der Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen wird. Angesichts der fortgeschrittenen Erderwärmung müssen wir nicht nur beim Ausbau erneuerbarer Energien mehr Tempo machen. Wir dürfen nicht bei der vagen Absichtserklärung eines möglicherweise früheren Kohleausstiegs bleiben. Wir brauchen das klar erklärte Ziel eines Kohleausstiegs spätestens im Jahr 2030.

Frage 6:

Bisher werden fossile Energieträger (auch Gas) sowohl im Verkehr als auch in der Infrastruktur staatlich subventioniert, etwa auch durch die Steuerfreiheit von Kerosin. Welche Pläne würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r hinsichtlich staatlicher Subventionierung fossiler Energieträger verfolgen?

Antwort:

Grundsätzlich muss in Zukunft die sauberste Energie auch die günstigste sein. Die Subventionierung fossiler Energien widerspricht dem. Deshalb setze ich mich für eine Abschaffung der Subventionen ein.

Frage 7:

Zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit gehören das Militär und die Rüstungsproduktion. Welche Maßnahmen zur Abrüstung wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r unterstützen?

Antwort:

Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Angesichts der wachsenden militärischen Risiken in Europa ist eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle unabdingbar. Erste Schritte sollen weitere deeskalierende Maßnahmen in Konfliktzonen sowie die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und militärischer Kontakte zwischen NATO und Russland sein. Auch über Europa hinaus wollen wir alle Länder einbeziehen, insbesondere auch China.

Frage 8:

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten einen Militäretat von jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Falle Deutschlands wären das bald ca.80 Milliarden Euro. Das wäre das dritthöchste Militärbudget der Welt. Wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dieses Ziel verfolgen?

Antwort:

Das Zwei-Prozent-Ziel der lehne ich ab. Ich möchte mich stattdessen für eine strategische Neuaufstellung der NATO einsetzen, bei der eine faire Lastenverteilung im Vordergrund steht und über die Identifizierung gemeinsamer Aufgaben eher das Potenzial für Ab- an Stelle von Aufrüstung genutzt wird.

Frage 9:

Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft?

Antwort:

Ja, ich würde mich dafür einsetzen. Unser Ziel muss eine atomwaffenfreie Welt sein.

Frage 10:

Welche Positionen vertreten Sie hinsichtlich der Frage der Atommüllendlagerung?

Antwort:

Atomkraft ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Wir müssen den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Mein Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich zu schließen. Der Betrieb des Forschungsreaktors Garching mit hochangereichertem Uran gehört beendet. Zum Erbe der Atomenergienutzung gehört die Endlagersuche. Ich bekennen mich zum verabredeten Pfad der Standortsuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung.

Frage 11:

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil diese nicht mehr bewohnbar sein wird. Halten Sie die Flucht vor den Folgen des Klimawandels für einen „legitimen“ Fluchtgrund und würden Sie sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme finden?

Antwort:

Durch den Klimawandel werden auf kurz oder lang Teile der Welt nicht mehr bewohnbar sein. Das wird zunehmende Fluchtbewegungen zur Folge haben. Die meisten Betroffenen werden nicht bis nach Europa kommen und versuchen, sich in der Nähe ihrer Heimatländer niederzulassen und eine Zukunft aufzubauen. Auch dort bedarf es Integrationsmaßnahmen, die wir unterstützen müssen. Dennoch müssen wir bereit sein, Menschen auch hier bei uns aufzunehmen. Ein Europa, das in einem nicht geringen Maße für den Klimawandel verantwortlich ist und sich dann zur Festung gegen die Opfer dieser Katastrophe macht, entspricht nicht meinen ethischen Maßstäben. Das gleiche gilt für Deutschland, das in diesem Europa eine gewichtige Stimme hat.

Frage 12:

Bisher orientiert sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums. Dies wird von vielen Wissenschaftler\*innen kritisch gesehen. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r für alternative Ansätze wie etwa die Gemeinwohlökonomie einsetzen?

Antwort:

Unsere Art des Wirtschaftens hinterlässt nicht nur massive ökologische Schäden. Vielerorts werden auch Menschen ausgebeutet. Das geschieht nicht auch in unserer Nachbarschaft. Ein unrühmliches Beispiel ist dabei die Fleischindustrie. Diese Verluste am Gemeinwohl kommen in keiner Bilanz vor. Das muss sich ändern. Ich begrüße das Konzept der Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls in die privatwirtschaftliche Breite trägt.



**Jens Teutrine, FDP**

Sehr geehrte Frau Rodi, sehr geehrter Herr Arnold, lieber Vorstand,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Interesse. Da ich den gesamten Wahlkampf ehrenamtlich stemme, ist es mir aufgrund von zeitlichen Ressource nicht möglich alle Veranstaltungen, Anfragen, Termine und Wahlprüfsteine durchzuführen. Die Parteien auf Bundesebene haben für Wahlprüfsteine eine extra Anlaufstelle. Mich erreichen jeden Tag als Wahlkreiskandidat und Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen unzählige Anfragen und Wahlprüfsteine, sodass es schlicht nicht möglich ist, alles in vollen Umfragen zu beantworten. Ich werde dennoch auf einige Ihrer Fragen kurz eingehen:

Zunächst widerspreche ich Ihrer These, dass sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums orientiert. Das Gegenteil ist der Fall: Unser Staatswesen ist an vielen Stellen zu bürokratisch und fett. Das lähmt wirtschaftlichen Wachstum. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dennoch in Zukunft weiter auf Wachstumsimpulse setzen sollten. Eine starke Wirtschaft ist das Fundament, um die ökologischen und sozialen Ziele zu erreichen. Wir müssen wir Weltspitze bei Innovationen und Arbeitsplätzen werden, statt bei Steuern, Abgaben und Bürokratie. Ich stehe ausdrücklich zur sozialen Marktwirtschaft.

Wir tragen Verantwortung für unseren Planeten. Aber Deutschlands Klimapolitik ist ideologisch, ineffizient und teuer. Wir brauchen ein striktes CO<sub>2</sub>-Limit und mehr Marktwirtschaft beim Klimaschutz durch eine Reform des Emissionshandels. So werden CO<sub>2</sub> und Treibhausgase reduziert und gleichzeitig dringend benötigte Innovationen vorangetrieben. Damit deutsche Technologien nicht nur bei uns, sondern weltweit zum Klimaschutz beitragen. Es braucht wieder mehr Freude am Erfinden anstatt am Verbieten. Um mehr Technologieoffenheit zu fördern, lehne ich die Subventionierung von fossilen Energieträgern ab. Mit einem strikten CO<sub>2</sub>-Limit im Emissionshandel würde wahrscheinlich bereits früher aus der Kohle ausgestiegen werden ohne Milliarden Euro entschädigen zu zahlen, da die CO<sub>2</sub>-Bepreisung diese Energiegewinnung sehr schnell unlukrativ machen würde. Bau- und Genehmigungsverfahren wollen wir beschleunigen.

Wir Freie Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend reformieren. Denn aktuell hat Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen. Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit weitestgehend aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanziert und keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden.

Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahrzehnt kaputt gespart. Es braucht dringend eine bessere und moderne Ausstattung für die Truppe. Daher befürworte ich entsprechende Investitionen. Ich hoffe, dass meine grundsätzlichen Positionen deutlich geworden sind. Ich werde am 4.10 in Bad Oeynhausen, Löhne und Vlotho sein.

Liebe Grüße

--

Jens Teutrine  
Bundesvorsitzender der  
Jungen Liberalen (JuLis) e. V.





**Jan Lieberum, DIE LINKE**

Frage 1:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch Hürden im Planungs- und Genehmigungsprozess stark ausgebremst. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

2020 wurden in ganz Deutschland nur 770 Windkraftanlagen genehmigt. Das sind viel zu wenige für die nötige Energiewende. Ein großes Problem ist, dass die Planungshürden für Windkraftanlagen teilweise verschärft werden, obwohl sie ohnehin schon zu hoch sind. Es braucht schnellere Genehmigungen und Flächenausweisungen für Windkraftanlagen sowie deutlich kleinere Abstandsregelungen. Für PV-Anlagen müssen mehr Flächen bereitgestellt und große Unternehmen zum Ausbau verpflichtet werden.

Es braucht Entscheidungen auf kommunaler Ebene und finanzielle Unterstützung für Kommunen, die den Ausbau der erneuerbaren vorantreiben wollen.

Frage 2:

Bisher unterliegt die eigene Nutzung selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Ich werde mich dafür einsetzen, dass unnötige Anforderungen oder Hürden für Menschen, die Ihren Strom sowohl selbst produzieren als auch nutzen, abgeschafft werden.

Ein Teil der Energiewende ist es, private Haushalte davon zu überzeugen, dass selbstproduzierter Strom kosteneffizient ist. Bei steigenden Energiepreisen und einem steigenden Energieverbrauch sind erneuerbare Projekte wie private PV-Anlagen wichtig, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verkleinern. Deshalb braucht es auch weiterhin finanzielle Anreize für Unterhaltung und Anschaffung solcher Systeme. Je mehr Haushalte klimaneutral und energieeffizient leben, desto besser.

Frage 3:

Der Mieterstromzuschlag ist durch die Degression im Erneuerbare-Energie-Gesetz de facto ausgelaufen. Dies macht Mieterstrom wirtschaftlich kaum noch umsetzbar. Welche Konzepte würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r zur Förderung von Mieterstromprojekten einbringen?

Antwort:

Ich unterstützte hauseigene Stromversorgung durch z.B. Photovoltaik.

Es braucht Förderprogramme für PV-Anlagen, egal ob zur Wärme oder Stromerzeugung. Um den Ausbau auch auf Bestandsdächern zu unterstützen, können Förderungen für z.B. Dachsanierungen bereitgestellt werden. Mieterstromprojekte brauchen einen finanziellen Vorteil durch Förderung, damit sie günstiger als Grundversorgertarife werden.

Frage 4:

Die Windenergie bietet noch größere Potentiale als die Solarenergie, dennoch kommt ihr Ausbau nicht voran. Dies liegt auch daran, dass für Windkraftanlagen teils strengere Abstandregelungen gelten als beispielsweise für Kohlekraftwerke oder Chemiefabriken. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, diese Hürden abzubauen?

Antwort:

Alleine das in NRW ein Tagebau mir meinen Garten wegbuddeln darf, während das Windrad auf den Kilometer entfernten Hügel verbannt wird zeigt, dass der Ausbau der erneuerbaren durch Behörden&Politik erschwert wird. Ich möchte die Energiewende möglichst schnell und spätestens bis 2035 vollzogen haben und werde mich somit natürlich für den Abbau behördlicher Hürden einsetzen.

Frage 5:

Viele Wissenschaftler\*innen kommen zu dem Ergebnis, dass der Kohleausstieg bis spätestens 2030 erfolgen muss, damit Deutschland die Klimaziele von Paris einhält. Werden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dafür stimmen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollziehen?

Antwort:

Ich kämpfe als Aktivist der Klimabewegung für einen Kohleausstieg SPÄTESTENS bis 2030. Die neuen Ergebnisse des IPCC Klimaberichts haben gezeigt, dass selbst 2030 als Datum für den Kohleausstieg quasi zu lange dauert. Deswegen werde ich mich im Bundestag für den sofortigen Kohleausstieg und den flächendeckenden Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen.

Frage 6:

Bisher werden fossile Energieträger (auch Gas) sowohl im Verkehr als auch in der Infrastruktur staatlich subventioniert, etwa auch durch die Steuerfreiheit von Kerosin. Welche Pläne würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r hinsichtlich staatlicher Subventionierung fossiler Energieträger verfolgen?

Antwort:

Während RWE Dörfer und die Zukunft meiner und kommender Generationen wegbuddelt, werden sie auch weiterhin mit Steuergeldern subventioniert. Das sind Gelder, die wir jetzt in die Klimaneutralität Deutschlands investieren sollten. Gelder, mit denen wir Windanlagen und Solarzellen bauen könnten. Oder Umschulungsangebote und Rettungsschirme für Industriearbeiter:Innen finanzieren könnten. Ich werde mich daher im Bundestag dafür einsetzen, dass ALLE Subventionen für fossile Energieträger sofort gestoppt werden und die Gelder stattdessen in die Energiewende fließen.

Frage 7:

Zu den größten CO2-Emittenten weltweit gehören das Militär und die Rüstungsproduktion. Welche Maßnahmen zur Abrüstung wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r unterstützen?

Antwort:

Der Militärhaushalt beträgt derzeit 47 Milliarden Euro. Das sind Milliarden für eine „Verteidigungsarmee“, die nicht mehr benötigt wird. Ich möchte, dass die Bundeswehr verkleinert und in einen Katastrophenschutz umgeformt wird. Es braucht ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten und die Idee einer europäischen Kooperation mit der NATO mithilfe einer EU-Armee lehne ich ab. Abrüstung als zentrales Ziel wird die Grundlage meines friedenspolitischen Handelns sein. Wir brauchen keine provokativen Militärbündnisse, sondern müssen gemeinsam den Problemen unserer Zeit entgegengehen.

Frage 8:

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten einen Militäretat von jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Falle Deutschlands wären das bald ca. 80 Milliarden Euro. Das wäre das dritthöchste Militärbudget der Welt. Wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dieses Ziel verfolgen?

Antwort:

Auch diese Frage kann ich mit kurzen Worten beantworten. Nein, ich werde mich eher dafür einsetzen, jegliche Rüstungsziele NICHT zu erfüllen und aus den Militärbündnissen dieser Welt auszutreten. Mit Waffen und westlichem Imperialismus schafft man keinen Frieden, sondern nur Leid.

Frage 9:

Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft?

Antwort:

Auf diese Frage kann ich zum Glück in kurzen Worten antworten.

Ja, ich werde mich natürlich dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft. Massenvernichtungswaffen dürfen nicht existieren und müssen aktiv wieder zurückgebaut werden. Gerade Deutschland hat die Verantwortung, seinen Teil zur Abrüstung der gesamten Welt zu leisten und darf nicht zulassen, dass Atomwaffen von anderen Ländern in Deutschland stationiert werden.

Frage 10:

Welche Positionen vertreten Sie hinsichtlich der Frage der Atommüllendlagerung?

Antwort:

Die Lagerung von Atommüll im Endlager Salzgitter lehne ich ab. Es braucht eine faire Standortsuche unter Beteiligung von Kommunen, Betroffenen und Aktiven in der Antiatombewegung. Das Problem der Endlagerung sollte uns außerdem noch einmal bewusst machen, dass die Atomkraft keine Alternative zur Kohle und erst recht keine nachhaltige Energiequelle ist.

Frage 11:

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass viele Menschen

aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil diese nicht mehr bewohnbar sein wird. Halten Sie die Flucht vor den Folgen des Klimawandels für einen „legitimen“ Fluchtgrund und würden Sie sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme finden?

Antwort:

Das Asyl & Fluchtrecht muss grundlegend reformiert werden. Niemand flieht freiwillig und in Zukunft müssen auch Klima-,Umwelt- und Armutsflüchtlinge anerkannt werden. Außerdem müssen Visavergaben humanitär gestaltet sowie Aufnahmekontingente deutlich erhöht werden. Fluchtursachen bekämpfen ist gerade in dem Bereich Klimaschutz wichtig. Wenn wir verhindern wollen, dass Teile der Erde unbewohnbar werden und die Wasservorräte des Planeten nicht noch weiter zurückgehen sollen, müssen wir hier vor Ort endlich 1,5° konformen Klimaschutz umsetzen.

Frage 12:

Bisher orientiert sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums. Dies wird von vielen Wissenschaftler\*innen kritisch gesehen. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r für alternative Ansätze wie etwa die Gemeinwohlökonomie einsetzen?

Antwort:

Der Neoliberale Kapitalismus hat versagt und es ist Zeit für einen Systemwechsel. Es braucht jetzt eine Transformation mit massiven Investitionen in Jobs, Infrastruktur und Klimaschutz. Grundgüter wie Wasser oder Wohnen dürfen nicht dem Markt unterworfen bleiben und auch Krankenhäuser sollten wieder die Gesundheit der Menschen und nicht Profite als oberste Priorität haben. Wir wollen patriarchale Strukturen abschaffen und fordern endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Als Bundestagsabgeordneter werde ich alternative Ansätze natürlich unterstützen und den Systemwechsel weg vom Kapitalismus und hin zum Sozialismus verfolgen.



**Dr. Martin Sonnabend (Mitglied im Aufsichtsrat der FEGH), Bedingungsloses Grundeinkommen**

**Frage 1:**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch Hürden im Planungs- und Genehmigungsprozess stark ausgebremst. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgedordnete\*r ändern?

**Antwort:**

Am Ende des Jahres 2015 hatten 31 Projekte (189 WEA, 507 MW) die Genehmigungsphase noch nicht abgeschlossen. Bei 2/3 der Projekte dauerte damals das Verfahren bereits mehr als 2 Jahre. Inzwischen ist das Planungs- und Genehmigungsverfahren immer komplizierter und langwieriger geworden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Genehmigungsprozess von Windkraftanlagen deutlich beschleunigt und effizienter wird. Das heißt, dass die Genehmigung bzw. eine begründete Ablehnung innerhalb von höchstens 2 Jahren zu erfolgen hat.

**Frage 2:**

Bisher unterliegt die eigene Nutzung selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgedordnete\*r ändern?

**Antwort:**

Die großen Energie-Konzerne ziehen uns Bürgern seit Jahrzehnten 100 von Milliarden aus der Tasche: Zunächst durch Subventionierungen beim Bau von Atom- und Kohlekraftwerken, zur Zeit durch einen völlig überhöhten Strompreis, Umlagen, Abgaben und Gebühren und demnächst durch 3-stellige Milliarden-Abgaben beim Abbau der seit langem überflüssigen Kraftwerke! Ein neues, Bürger- und Umwelt-freundliches (EEG-) Gesetz muss dies kurzfristig ändern.

**Frage 3:**

Der Mieterstromzuschlag ist durch die Degression im Erneuerbare-Energie-Gesetz de facto ausgelaufen. Dies macht Mieterstrom wirtschaftlich kaum noch umsetzbar. Welche Konzepte würden Sie als Bundestagsabgedordnete\*r zur Förderung von Mieterstromprojekten einbringen?

**Antwort:**

Hier bedarf es neuer Modelle und den Mut, sie kurzfristig umzusetzen.

**Frage 4:**

Die Windenergie bietet noch größere Potentiale als die Solarenergie, dennoch kommt ihr Ausbau nicht voran. Dies liegt auch daran, dass für Windkraftanlagen teils strengere Abstandregelungen gelten als beispielsweise für Kohlekraftwerke oder Chemiefabriken. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, diese Hürden abzubauen?

Antwort:

Ja, die Bedingungen zum Bau von Windkraftanlagen müssen in allen Bundesländern verbessert werden.

Als Landschaftsästhet hoffe ich aber auch, dass bald neue Formen der Energiegewinnung die aktuelle WKA-„Verspargelung“ unserer Landschaft in einigen Jahrzehnten ablösen werden. Das heißt, diese Forschung muss forciert werden!

Frage 5:

Viele Wissenschaftler\*innen kommen zu dem Ergebnis, dass der Kohleausstieg bis spätestens 2030 erfolgen muss, damit Deutschland die Klimaziele von Paris einhält. Werden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dafür stimmen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollziehen?

Antwort:

Ja natürlich! Auch deshalb, weil jede Kohle-Ausstiegsaktion danach das 10-100-fache kosten wird! Und irgendwann, in naher Zukunft, ist es zu spät!

Frage 6:

Bisher werden fossile Energieträger (auch Gas) sowohl im Verkehr als auch in der Infrastruktur staatlich subventioniert, etwa auch durch die Steuerfreiheit von Kerosin.

Welche Pläne würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r hinsichtlich staatlicher Subventionierung fossiler Energieträger verfolgen?

Antwort:

Die Subventionen müssen so schnell wie möglich beendet werden. Bei jedem Flug sollte der CO<sub>2</sub>-Verbrauch benannt und berechnet werden. Kerosin, z. B., hätte schon seit Jahren adäquat besteuert werden müssen!

Frage 7:

Zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit gehören das Militär und die Rüstungsproduktion. Welche Maßnahmen zur Abrüstung wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r unterstützen?

Antwort:

Keine militärischen Auslandseinsätze mehr! Senkung des Verteidigungsetats unter 1 % des BIP!

Frage 8:

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten einen Militäretat von jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Falle Deutschlands wären das bald ca. 80 Milliarden Euro. Das wäre das dritthöchste Militärbudget der Welt. Wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dieses Ziel verfolgen?

Antwort:

Siehe 7

Frage 9:

Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft?

Antwort:

Ja! Ich habe jahrelang im Bundesvorstand der Internationalen Ärzteorganisation IPPNW mitgearbeitet.

Völkerrechtlich müssen alle Atomwaffen, die die USA in Deutschland lagern, verschrottet werden; besonders die im Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel. Hier werden deutsche Soldaten trainiert, sie mit ihren Flugzeugen eines Tages abzuwerfen. Ich will das nicht und habe deshalb schon auf einigen Demonstrationen aktiv dagegen demonstriert.

Frage 10:

Welche Positionen vertreten Sie hinsichtlich der Frage der Atommüllendlagerung?

Antwort:

Da es keinen Ort\* auf dieser unserer Erde gibt, wo irgendwann einmal ein sicheres Atommüll-Endlager gefunden wird, dürfen wir keinen weiteren Atommüll mehr produzieren!

(\*Ausnahme: Am Anfang und am Ende eines Regenbogens)

Frage 11:

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil diese nicht mehr bewohnbar sein wird. Halten Sie die Flucht vor den Folgen des Klimawandels für einen „legitimen“ Fluchtgrund und würden Sie sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme finden?

Antwort:

Zu beiden Fragen sage ich „Ja!“, auch wenn ich weiß, dass wir erst am Anfang dieses Mega-Problems stehen.

Ich frage zurück: „Wie lange wird die Solidarität der Bürger halten?“

Frage 12:

Bisher orientiert sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums. Dies wird von vielen Wissenschaftler\*innen kritisch gesehen. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r für alternative Ansätze wie etwa die Gemeinwohlökonomie einsetzen?

Antwort:

Ein Grundschulkind kann schon ausrechnen und verstehen, dass Wirtschaftswachstum endlich ist, weil unsere Ressourcen auf dieser Erde endlich sind. Wir müssen lernen, mit weniger gut auszukommen, gemeinsam! Das geht!



**Laura Möller, Die Partei**

Frage 1:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch Hürden im Planungs- und Genehmigungsprozess stark ausgebremst. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgedordnete\*r ändern?

Antwort:

Die Hürden für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen zu überspringen sein, auch von Senioren! Um dies zu ändern, möchte ich auf die bekannten Mittel unserer Partei zurückgreifen - hochhackigen Schuhen und der Kraft meines Fußes, mit denen ich alten, weißen Männern auf ihre treten kann.

Frage 2:

Bisher unterliegt die eigene Nutzung selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren. Wie würden Sie dies als Bundestagsabgeordnete\*r ändern?

Antwort:

Ich bin keine Stromexpertin, aber warum muss man Abgaben zahlen, wenn man sogar überschüssigen Strom in das Stromnetz einspeist und damit etwas Gutes für die Gesellschaft macht? Dafür werde ich eine Task Force einberufen, die den Sinn und Zweck dieser Sachen wissenschaftlich hinterfragen wird.

Frage 3:

Der Mieterstromzuschlag ist durch die Degression im Erneuerbare-Energie-Gesetz de facto ausgelaufen. Dies macht Mieterstrom wirtschaftlich kaum noch umsetzbar. Welche Konzepte würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r zur Förderung von Mieterstromprojekten einbringen?

Antwort:

Die o.g. Task Force aus Expert\*innen kann sich mit dieser Thematik auch gleich auseinandersetzen, wenn o.g. Frage beantwortet wird. Grundsätzlich scheint Mieterstrom eine gute Idee zu sein, ist aber wieder mal ein Beispiel dafür, dass gute Projekte oft dafür bestraft werden, dass sie existieren. Oder wie einige Politiker\*innen sicher meinen würden: Viva La Kohle! Röchelsmiley.

Frage 4:



Die Windenergie bietet noch größere Potentiale als die Solarenergie, dennoch kommt ihr Ausbau nicht voran. Dies liegt auch daran, dass für Windkraftanlagen teils strengere Abstandregelungen gelten als beispielsweise für Kohlekraftwerke oder Chemiefabriken. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, diese Hürden abzubauen?

Antwort:

Die Frage kann ich nur mit Ja, Ja und - äh - wieder Ja beantworten. In NRW wurde bspw. der Ausbau von Windenergie durch die Landesregierung unter Leitung Armin „Huhu-ich-hab-ein-Zukunftsteam“ Laschet aktiv verhindert. Keine Pointe. Aber schnell noch für RWE den Hambacher Forst abholzen! Das zeigt mal wieder die Macht der Lobbyisten über die Bedürfnisse der Bürger. Der Profitlobbyismus gehört zerstört!!!

Frage 5:

Viele Wissenschaftler\*innen kommen zu dem Ergebnis, dass der Kohleausstieg bis spätestens 2030 erfolgen muss, damit Deutschland die Klimaziele von Paris einhält. Werden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dafür stimmen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollziehen?

Antwort:

Klimawandel ist kein Witz, daher muss der Ausstieg aus der Kohleenergie so schnell wie möglich, aber min. vor 2030 erfolgen.

Frage 6:

Bisher werden fossile Energieträger (auch Gas) sowohl im Verkehr als auch in der Infrastruktur staatlich subventioniert, etwa auch durch die Steuerfreiheit von Kerosin. Welche Pläne würden Sie als Bundestagsabgeordnete\*r hinsichtlich staatlicher Subventionierung fossiler Energieträger verfolgen?

Antwort:

Subventionen gehören in die Erforschung von Technologien, von denen die €DU aktuell glaubt, es sei ein Scherz, die aber in 10 Jahren oder noch früher die fossilen Energieträger ablösen können. Welche das sind? Ich habe Management studiert, sehe ich so aus, als wüsste ich etwas von Chemie? Ich kann Ihnen was über Lebensmittel erzählen - Kühe pupsen! Ein weiteres wichtiges Thema! - aber es gibt da draußen genügend Wissenschaftler, die sich über finanzielle Unterstützung ihrer innovativen Ideen freuen würden. Leider hat RWE im Bundestag mehr zu sagen als die kleine Chemikerin mit dem Garagen-Startup. Das gehört es zu ändern!

Frage 7:

Zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit gehören das Militär und die Rüstungsproduktion. Welche Maßnahmen zur Abrüstung wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r unterstützen?

Antwort:

Hahahahahahahaha! Die Bundeswehr hat sich mit ihren flugunfähigen Helikoptern und betriebsuntauglichen Panzern die letzten Jahre bereits selbst abgerüstet. Lustig, weil der Verteidigungsetat gestiegen ist. Ja, Berater wollen halt auch bezahlt werden. Hach, Berater sollte man sein. Wir sollten endlich „Die Vereinigte Föderation der Planeten ausrufen“, dann streitet man sich endlich nicht mehr und so lange dauert es ja auch nicht mehr bis zur Besiedelung des Mars.

Frage 8:

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten einen Militäretat von jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Falle Deutschlands wären das bald ca. 80 Milliarden Euro. Das wäre das dritthöchste Militärbudget der Welt. Wollen Sie als Bundestagsabgeordnete\*r dieses Ziel verfolgen?

Antwort:

Wenn die Hälfte des Etats für Freibierfeten und die andere Hälfte für die Ermittlung rechter Netzwerke in Bundeseinrichtungen wie z.B. der Bundeswehr und der Polizei investiert wird, wäre das eine gute Verteilung des Geldes. Alternativ könnte das Geld auch für Bildung investiert werden (vielleicht werden dann Schulen endlich mit Luftfiltern ausgestattet).

Frage 9:

Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft?

Antwort:

Atomwaffen gehören nicht auf diesen (oder irgendeinen anderen) Erdball. Punkt.

Frage 10:

Welche Positionen vertreten Sie hinsichtlich der Frage der Atommüllendlagerung?

Antwort:

Die PARTEI fordert den Grünen Punkt für Atommüll. Die Betreiber müssen ihre AKW ins Duale System aufnehmen und müssen Brennstäbe und Verpackung zurücknehmen und für die Entsorgung des produzierten Mülls aufkommen.

Frage 11:

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dazu führen, dass viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil diese nicht mehr bewohnbar sein wird. Halten Sie die Flucht vor den Folgen des Klimawandels für einen „legitimen“ Fluchtgrund und würden Sie sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme finden?

Antwort:

Leider scheint das Thema Klimaflüchtlinge immer realistischer zu werden. Und da Klimaschutz kein Witz ist, darf auch dieses Thema nicht ignoriert werden. Gerade die Groko Haram kann dies aber besonders gut, schließlich hat die es ja nicht mal geschafft, Ortskräfte rechtzeitig aus Afghanistan zu retten (Abschieben in Kriegsgebiete ist offenbar von höherer Priorität gewesen, never forget).

Frage 12:

Bisher orientiert sich staatliches Handeln insbesondere an der Maxime des Wirtschaftswachstums. Dies wird von vielen Wissenschaftler\*innen kritisch gesehen. Werden Sie sich als Bundestagsabgeordnete\*r für alternative Ansätze wie etwa die Gemeinwohlökonomie einsetzen?

Antwort:

Stellen Sie sich vor, ich habe International Management (zu Deutsch: Wirtschaft für Größenwahnsinnige) studiert und kann ewiges Wirtschaftswachstum nicht nachvollziehen. Am Ende des Tages müssen Unternehmen in der Lage sein, allen Leuten ein gutes Leben zu ermöglichen - und da ändert sich aktuell bereits sehr viel in der Arbeitswelt, weil die junge Generation ein anderes Arbeitsverständnis als die Ältere hat. Viele Änderungen kommen von alleine, durch die Anforderungen von Bürgern - aber manchmal braucht auch die Wirtschaft noch einen Schubser nach vorne. Dies muss von der Politik kommen, wird aber schwierig, wenn die Kohlelobby in Berlin ihr Wohnzimmer hat.